
N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Ortschaftsrates Roßlau am 25.06.2020

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 18:10 Uhr
Sitzungsort: Rathaus Roßlau, Markt 5, Sitzungssaal
Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Müller begrüßt alle Anwesenden. Sie stellt die ordnungsgemäße Ladung und mit neun anwesenden Mitgliedern des Ortschaftsrates die Beschlussfähigkeit fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Koschig moniert, dass in der Tagesordnung kein nichtöffentlicher Teil vorgesehen ist.

Herr Mosch erläutert, dass die Anberaumung der Sitzung unter den Vorgaben der Festlegungen des Oberbürgermeisters mit dem Vorsitzenden des Stadtrates und der Fraktionen vom 14.05.2020 erfolgte. Danach ist sich auf die zwingend erforderlichen Themen zu konzentrieren. Zwischenzeitlich sind diese durch die Festlegungen aus der Beratung mit dem Oberbürgermeister am 17.06.2020 überholt. Eine Änderung der Tagesordnung ist auf Grund der bereits erfolgten Ladung und Bekanntmachung nicht mehr möglich gewesen.

Abstimmungsergebnis: 9:0:0

3 Bestätigung der Niederschrift vom 27.02.2020

Die Niederschrift wird ohne Änderungen bestätigt.

4 Umbenennung der "Ortschaft Roßlau" in "Ortschaft Stadt Roßlau"

Frau Müller:

Verweist auf den vorliegenden Antrag der Gruppe Neues Forum.
Sie fordert Herrn Koschig auf den Zweck der Vorlage zu erläutern.

Herr Koschig:

Verweist auf die Regelung des § 14(2) KVG, wonach es möglich wäre die Bezeichnung „Stadt“ für Roßlau wieder einzuführen.
Dies wäre der Identifikation der Bürger mit der 800jährigen Geschichte der Stadt und dem Stolz auf die Schifferstadt förderlich.

Frau Müller:

Verweist auf die bereits entstandene Unruhe in der Öffentlichkeit (Facebook) und die erst kürzliche hitzige Diskussion um die Bezeichnung „Bauhausstadt“.

Frau Gernoth:

Resümiert die Städtefusion und verweist ebenso auf die bereits beginnende unnötige Unruhe und Verwirrung der Öffentlichkeit. Es ist kein Antrag des Ortschaftsrates sondern der Gruppe Neues Forum.

Herr Vester:

Will ebenso neue Namensdiskussionen vermeiden. Der Name „Roßlau“ ist im Stadtnamen enthalten. Das genügt.

Frau Münch:

Befürwortet, hierzu eine Entscheidung treffen zu können.

Herr Schulz:

Bezweifelt, dass der Stadtname ein Identifikationsmerkmal für die Bürger ist. Die Diskussion ist zur Zeit unnötig.

Herr Koschig:

Beantragt die namentliche Abstimmung.

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen (8:0:1).

Abstimmungsergebnis: 4:5:0

Frau Heppner	ja
Herr Koschig	ja
Frau Münch	ja
Herr Kerner	nein
Frau Gernoth	nein
Frau Müller	nein
Herr Schulz	nein
Herr Vester	nein
Herr Palermo	ja

5 Einstellung eines Quartiermanagers für die Ortschaft Roßlau

Herr Vester:

Fasst als Einbringer die Vorlage kurz zusammen.

Die Einstellung eines Quartiersmanagers dient der Optimierung der Arbeit des Ortschaftsrates.

Es soll eine dem Sachgebiet Ortschafts- und Stadtbezirksangelegenheiten angegliederte Stabstelle werden.

Herr Koschig:

Signalisiert für die Gruppe Neues Forum die grundsätzliche Zustimmung.

Diese Stelle sollte jedoch einem anderen Dezernat zugeordnet werden.

Es muss ein Quartierskonzept erarbeitet werden. Die Aufgabe könnte auch von einer Ortschaftsassistentin übernommen werden.

Frau Müller:

Dies übersteigt die Fähigkeiten einer Ortschaftsassistentin.

Herr Kerner:

Fragt nach den Kosten.

Frau Müller:

Es wird sich aus der Vorlage ein Prüfauftrag im Rahmen der Haushaltsdiskussion ergeben.

Frau Heppner:

Steht die Person schon fest?

Frau Müller:

Nein, die Stelle wird normal erst intern und dann extern ausgeschrieben.

Abstimmungsergebnis: 9:0:0

6 Aufhebung des Beschlusses über die Zuständigkeit für die Betriebskostenzuschüsse für Sportvereine vom 24.10.2019

Frau Müller:

Verweist auf die Entstehungsgeschichte des aufzuhebenden Beschlusses. Mittlerweile wurden die zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel den Bedürfnissen angepasst und entsprechend erhöht. Angemessene Entscheidungen sind so möglich. Verwiesen wird ebenso auf die zugunsten der Vereine geänderte Sportförderrichtlinie, die im September vom Stadtrat beschlossen werden soll.

Abstimmungsergebnis: 8:0:1

7 Behandlung von Mitzeichnungen

7.1 Neufassung der Hauptsatzung **Vorlage: BV/421/2019/II-30**

Frau Beck (Amtsleiterin Rechtsamt):

Erläutert die Bedeutung der Hauptsatzung.

Kern der Änderung der Hauptsatzung ist die Regelung der Einwohnerfragestunde in den Ortschaften.

Nach derzeit geltenden Recht ist die Einwohnerfragestunde in den Ortschaften nach Maßgabe des jeweiligen Ortschaftsrates in der Hauptsatzung zu regeln.

Die Einwohnerfragestunde im Stadtrat hingegen in der Geschäftsordnung des Stadtrates.

Jede Änderung der Regelungen der Einwohnerfragestunde hätte demnach derzeit eine Änderung der Hauptsatzung zur Folge. Diese ist jedoch bei der Kommunalaufsicht genehmigungspflichtig.

Der Gesetzgeber hat die o.g. Formulierung nicht durchdacht und vergessen zu ändern.

Das Ministerium des Innern ist dem Vorschlag des Stadtratsvorsitzenden gefolgt und hat die Regelung der Einwohnerfragestunde in der Geschäftsordnung über den Verweis in der Hauptsatzung gestattet.

Hier § 21 der Hauptsatzung.

Abstimmungsergebnis: 9:0:0

7.2 Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse **Vorlage: BV/368/2019/II-30**

Frau Beck:

Erläutert über §21 der Hauptsatzung wird zur Regelung der Einwohnerfragestunde in den Ortschaften auf die Geschäftsordnung des Stadtrates verwiesen.

In §21(2) der GO SR wird auf die Regelungen der Einwohnerfragestunde im Stadtrat in § 6(1) bis (5)S.1 und (6) verwiesen.

Dieser Regelung würde der Ortschaftsrat zunächst beitreten.

Frau Müller:

Befürwortet dies.

Herr Vester:

Es sollten Fragen zu Tagesordnungspunkten zugelassen werden.

Frau Gernoth:

Stimmt dem nicht zu, die Bürger haben ausreichend Möglichkeit sich zu informieren und vorab Fragen zu stellen.

Frau Beck:

Dies ist zwar möglich, aber es besteht ein allgemeiner Konsens, dass die Ehrenamtler zum einen genügend Zeit haben sich mit den Tagesordnungspunkten und den ausgereichten Unterlagen zu befassen. Dazu gehört z.B. auch die Meinung der Bevölkerung hierzu zu erkunden. Jeder bildet daraus für sich gewissenhaft eine Meinung zum Tagesordnungspunkt. Er soll möglichst unbeeinflusst von spontanen Aktionen in der Einwohnerfragestunde bleiben.

Daher sollen Fragen zu Tagesordnungspunkten nicht zugelassen werden.

Abstimmungsergebnis: 9:0:0

7.3 Entschädigungssatzung Vorlage: BV/466/2019/II-30

Frau Beck:

Seit Mai 2019 gilt die KomEVO. Diese ist rechtsverbindlich für die Entschädigungssatzung der Stadt. Wesentliche Änderungen sind eine detailliertere Abstufung nach den Einwohnerzahlen und der Wegfall der höheren Aufwandsentschädigung für den stellvertretenden Ortsbürgermeister.

Frau Müller:

Ergänzt die Entgelte für die Fraktionsmitarbeiter und kritisiert die Einmischung des Landes in kommunale Angelegenheiten.

Herr Vester:

Schließt sich dem an.

Frau Heppner:

Erfragt wer was für welches Ehrenamt erhalten hat.

Frau Beck:

Verweist auf die alte Entschädigungssatzung.

Abstimmungsergebnis: 3:5:1

**7.4 Streetzer Brücke über die Anlagen der DB AG im Zuge der K 1255 -
Erneuerung der Behelfsbrücke
Vorlage: BV/078/2020/III-66**

Herr Schmieder (Abl. Stadtentwicklung)

Erläutert kurz die Vorlage.

Herr Koschig:

Ein nochmaliger Einbau einer Behelfsbrücke ist unglücklich und nicht erklärbar.

Abstimmungsergebnis: 8:0:1

**7.5 Sanierungsgebiet Altstadt Roßlau - Vorbereitungen zur Beendigung
der Sanierungsmaßnahme
Vorlage: BV/093/2020/III-61**

Herr Schmieder:

Erläutert kurz die Vorlage.

Abstimmungsergebnis: 5:0:4

8 Schließung der Sitzung

Frau Müller schließt die Sitzung um 18.10 Uhr.

Dessau-Roßlau, 21.01.21

Christa Müller
Vorsitzender Ortschaftsrat Roßlau

Schritfführer